

Press release

Kiel, 23.11.2023

Gewalt an Frauen beseitigen: mehr Geld für Beratungseinrichtungen

Geschlechtsspezifische Gewalt ist immer noch ein strukturelles Problem in der deutschen Gesellschaft. Darauf macht der Internationale Tag gegen Gewalt an Frauen – der Orange Day am 25. November – aufmerksam. Dazu, welchen Beitrag wir in Kiel zu Bekämpfung der Gewalt an Frauen leisten können, erklärt Marcel Schmidt, Vorsitzender der SSW-Ratsfraktion Kiel:

„Gewalt an Frauen und Mädchen – in Partnerschaften, im öffentlichen und im digitalen Raum – ist nicht nur ein zivilisatorisches Armutszeugnis für die deutsche Gesellschaft, in der viel zu viele Menschen immer noch geschlechtsspezifische Gewalt zulassen oder relativieren. Sie ist auch ein Hemmschuh für unsere gesamtgesellschaftliche Entwicklung. Nach Erhebungen der Vereinten Nationen meiden über die Hälfte der Frauen nachts bestimmte Plätze, Straßen oder Parks sowie auch den ÖPNV. Das bedeutet, dass ein erheblicher Teil der Gesellschaft aktiv in seiner freien Persönlichkeitsentfaltung und Lebensgestaltung beeinträchtigt wird. Doch damit nicht genug: Dieselben Erhebungen kommen zu dem Ergebnis, dass mindestens jede dritte Frau in Deutschland einmal in ihrem Leben von Gewalt betroffen ist und dass im Durchschnitt alle vier Minuten eine Frau in Deutschland Gewalt in ihrer Partnerschaft erlebt. Das Phänomen ist so verbreitet, dass für Morde an Frauen durch Gewalt in Partnerschaften, bzw. im Kontext patriarchaler Geschlechterdifferenzen, ein eigener Begriff gefunden werden musste: der Femizid.

Die Lösung dieser gesamtgesellschaftlichen Problemlage kann nur durch gesamtgesellschaftliche Aufklärung gefunden werden. Deswegen unterstützen wir den Internationalen Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen und werden uns in den diesjährigen Haushaltsberatungen dafür einsetzen, dass die Mittel für Beratungsangebote von Frauenfacheinrichtungen erhöht werden. Diese Projekte sind auch in Zeiten

knapper Kassen von höchster Priorität. Gewalt gegen Frauen muss auf allen Ebenen bekämpft werden – nicht zuletzt auch in den Kommunen.“